Österreichischer Städtebund

COVID-19 – Newsletter 6

20.03.2020

Im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden stehen derzeit drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die zentrale Bedeutung, die Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen im Zuge der Ausbreitung des sogenannten Corona-Virus zukommt, wurde auch von der Bundesregierung betont. Dennoch wurden auch Dienststellen des Öffentlichen Sektors seitens der Bundesregierung dazu aufgefordert – soweit dies möglich ist –MitarbeiterInnen zur Telearbeit anzuweisen. Dies wird auch der Österreichische Städtebund bis zum **13.04.** so handhaben. Alle ReferentInnen des Österreichischen Städtebundes werden jedoch auch während dieses Zeitraums per E-Mail sowie telefonisch, in gewohnter Weise, erreichbar sein.

Der folgende Newsletter soll über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

Österreichischer Städtebund

Inhaltsverzeichnis

Foderungen und Anregungen der Städte und Gemeinden an den Bund und die Länder 3

1. Europäische Anknüpfungspunkte 3
2. Nationale Anknüpfungspunkte 3

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen 5

1. Aktuelle Gesetzesbeschlüsse 5
2. Stellungnahme des Österreichischen Städtebundes zum zweiten COVID-19-Maßnahmepaket 5
3. Keine Entwarnung für Fristen! 5
4. Sonderregelungen für Behörden und Verwaltungsgerichte 6
5. EU-Rechte von Bahn-, Bus- und Flugreisenden gelten auch in Zeiten von Corona 6
6. Wahl zur OberbürgermeisterIn in München finden als reine Briefwahl statt 7
7. Informationen zum Verlauf der Pandemie in Österreich graphisch aufbereitet 7
8. Corona-Krise macht die Luft sauberer – auch in Österreich 7
9. Österreichischer Gewerbeverein – hilfreiche Links zur Kurzarbeit 8
10. Herdenimmunität: Auch Niederlande rudern zurück 8
11. Was dürfen und können derzeit Bürgermeister tun? 9
12. Österreichische Gesellschaft für Krisenvorsorge - Selbsthilfefähigkeit der Gemeinden und Menschen stärken 9
13. Zukunftsforscher Matthias Horx spricht von einem "historischen Moment" 9
14. Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel 10

Maßnahmen einzelner Städte 12

1. Stadt Wien und Sozialpartner präsentieren weitere Wiener Unterstützungsmaßnahmen 12
2. 180 zusätzliche Betreuungsplätze in der Stadt Linz 13
3. Drei Ärztinnen in Grazer Gesundheitsamt betroffen 13
4. Linzer Feuerwehr stellt auf 14-Tages-Schichten um 14
5. Parks in Wien bleiben geöffnet, Spielplätze jedoch weiterhin geschlossen 14
6. Innsbruck sperrt auch städtische Parks 15
7. Menschen in Quarantäne in Wien dokumentieren ihre Gesundheit via App 15
8. Stadt Salzburg: Mietzinsreduktion für städtische Lokale 16
9. Klagenfurt kämpft mit illegal abgelagertem Sperrmüll 16
10. Mehr als 650 Anzeigen wegen Verstößen gegen Maßnahmen 16
11. Innsbruck: Möglichkeit der Sonderbetreuung 17

In eigener Sache 18

1. Unentgeltliche digitale Services als Unterstützung für die Mitgliedsstädte des Österreichischen Städtebundes 18

Österreichischer Städtebund

Foderungen und Anregungen der Städte und Gemeinden an den Bund und die Länder

Die kommunale Ebene trägt die Maßnahmen des Bundes sowie der Länder voll mit. Städte und Gemeinden beweisen sich derzeit - einmal mehr - als in Krisensituationen absolut unverzichtbare Handlungsbevollmächtigte vor Ort. Die derzeitige Situation sowie deren wirtschaftliche Auswirkungen werden Städte und Gemeinden massiv betreffen. Um nachhaltigen Schaden für die kommunale Ebene möglichst gering zu halten, werden folgende Maßnahmen gefordert bzw. vorgeschlagen:

1. Europäische Anknüpfungspunkte

- Völlige Ausnahme der Leistungen der Daseinsvorsorge aus dem Stabilitätspakt / Maastricht relevante Verrechnungen
- Europäische Investitionen in die Daseinsvorsorge ausbauen
- Unterstützung und Austausch mit EU-(und nicht EU) Städten, va auch mit Städten im VK, die besonders unser aktuelles Know-How benötigen
- Einbeziehung der EU-Ebene beim Ergreifen von Maßnahmen
- Grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit und Koordination,
- Stärkung der europäischen Wertschöpfungsketten und Verlagerung von essentiellen Produktionen - Medikamente, Impfstoffe, Produzierende Anlagen - nach Europa.

2. Nationale Anknüpfungspunkte

Gesundheitssektor:

- Nachschub von Schutzausrüstung sicherstellen.
- Die österreichweite Verbreitung des im AKH eingesetzten Coronaschnelltests sicherstellen.
- Langfristige Sicherstellung von Pflegekräften nach Ausfall der osteuropäischen Kräfte.

Österreichischer Städtebund

Kommunale Finanzen

- Kommunalsteuer - Kurzarbeit: Für die SV-Beiträge ist vorgesehen, dass sie weiter auf Basis der ungekürzten Arbeitszeit zu leisten ist und dass deshalb die Beihilfe auch für die DG-Beiträge verwendet werden kann. Es ist klar, dass die SV gerade in Zeiten wie diesen keine Einnahmenausfälle erleiden soll. Im Anbetracht des oben gesagten, sollte dies aber auch für die Kommunen gelten. In diesem speziellen Fall sollte die KommSt. also weiterhin nach der nicht gekürzten AZ bemessen werden und die Differenz dem AG aus der Beihilfe ersetzt werden.
- Liquidität sichern: Anders als Bund, Länder und SV haben die Gemeinden keinen direkten Zugang zur ÖBFA. Dies ist eine lange stehende Forderung der Kommunen. Man müsste hier nur im Bundesfinanzierungsgesetz in §2 die Kommunen ergänzen.
- Da einerseits kommunale Steuereinnahmen z.B. die Kommunalsteuer einbrechen werden und Gemeinden auch Arbeitgeber sind (Gehälter aber zu zahlen sind), wird es auch finanzieller Unterstützung für die Gemeinden bedürfen.
- Städte und Gemeinden brauchen so schnell es geht, halbwegs seriöse Schätzungen zu den Auswirkungen auf die Steuereinnahmen.
- Es sollte klargestellt werden, dass die Zielwerte des Österr. Stabilitätspaktes für dieses Jahr ausgesetzt werden.
- Zur Wiederbelebung der Wirtschaft nach der Krise könnte auch ein Investitionsprogramm in die kommunale Infrastruktur helfen.
- Transparenz bei Hilfsgeldern und eine effektive Überprüfung, ob diese auch bei den ArbeitnehmerInnen ankommen, sind unerlässlich.

Grundrechte

- Wahrung der Grund- und Freiheitsreiche beim Zugriff auf Mobilfunktdaten.

Reisefreiheit

- Umgang mit Heimkehrern aus Nicht-Risikoländern: Anscheinend können diese ohne weiteres öffentlich nach Hause fahren. Eine abgestimmte Vorgangsweise wäre hier wesentlich.
- Umgang mit jenen Nationalitäten, die nicht die ungarische Grenze in Nickelsdorf passieren dürfen. Derzeit werden diese bei Bruckneudorf abgeleitet und Richtung Wien zurückgeschickt.

Österreichischer Städtebund

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuelle Gesetzesbeschlüsse

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **19. März 2020** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 106/2020
Beschränkung von Leerverkäufen von bestimmten Finanzinstrumenten in einer Ausnahmesituation

BGBl. II Nr. 107/2020
Änderung der Verordnung gemäß § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes

2. Stellungnahme des Österreichischen Städtebundes zum zweiten COVID-19-Maßnahmepaket

Der Österreichische Städtebund hat eine Stellungnahme zum zweiten COVID-19 Maßnahmenpaket an die im Parlament vertretenen Fraktionen sowie an die betreffenden Ministerien übersendet. Es handelt sich hierbei vor allem um formale und organisatorische Überlegungen um einen leichteren und effektiven Vollzug zu garantieren.

Die Stellungnahme finden Sie beiliegend.

3. Keine Entwarnung für Fristen!

Die Bundesregierung hat bereits am Mittwoch, 18.3.2020, ein Maßnahmenpaket mit einer Fristverlängerung angekündigt. Erfasst sind allerdings nur Gerichts- und Verjährungsfristen. Soweit den aktuellen Pressemitteilungen zu entnehmen ist, sind von diesem Maßnahmenpaket jedoch zahlreiche beachtliche Fristen nicht erfasst. Dies betrifft insbesondere jene Fristen, die zum Erlöschen von Genehmigungen führen können und sonstige Fristen, die für die Abgabe von Erklärungen (zB Selbstberechnungen von Abgaben, Meldepflichten) relevant sind. Vorsicht: **Diese Fristen laufen überwiegend weiter.**

Das vorliegende Maßnahmenpaket stellt zweifellos einen sehr wichtigen Schritt zur Lösung der Fristenproblematik dar. Da aber zahlreiche Fristen weiterlaufen, gibt es (noch) keine generelle Entwarnung für die Betroffenen. **Eine Kontrolle der laufenden Fristen und eine Beantragung einer Fristverlängerung ist in vielen Fällen weiterhin unumgänglich.**

4. Sonderregelungen für Behörden und Verwaltungsgerichte

Mit dem sog. 2. COVID-19-Gesetz werden unter anderem Sonderregelungen für Behörden und Verwaltungsgerichte, inklusive der Höchstgerichte, beschlossen. Dabei geht es um die vorübergehende Unterbrechung von Verfahren, die Hemmung von Fristen, die Einschränkung des Gerichtsbetriebs, den Einsatz von Videotechnologie bei Einvernahmen und Verhandlungen sowie die Möglichkeiten von Beschlüssen im Umlaufweg sowohl für den Verfassungsgerichtshof als auch für den Verwaltungsgerichtshof.

Für das Behördenverfahren wird vorgesehen, dass in anhängigen Verfahren der Verwaltungsbehörden, auf die die Verwaltungsverfahrensgesetze (AVG, VStG, VVG) anzuwenden sind, alle Fristen, deren fristauslösendes Ereignis in die Zeit nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes fällt, sowie Fristen, die bis zum Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes noch nicht abgelaufen sind, bis zum Ablauf des 30. April 2020 unterbrochen. Sie beginnen mit 1. Mai 2020 neu zu laufen. Dies gilt auch für Verjährungsfristen, jedoch nicht für verfassungsgesetzlich festgelegte Höchstfristen und für Fristen nach dem Epidemiegesetz.

5. EU-Rechte von Bahn-, Bus- und Flugreisenden gelten auch in Zeiten von Corona

Die EU-Rechte von Bahn-, Bus- und Flugreisenden gelten auch in Zeiten der Corona-Krise. „Im Falle von Annullierungen muss der Verkehrsanbieter die Fahrgäste entschädigen oder umleiten“, unterstrich EU-Verkehrskommissarin Adina Valean am Mittwoch. Das Ausstellen von Gutscheinen entbindet die Anbieter demnach nicht von ihrer Pflicht, den Ticketpreis zu erstatten.
Nach EU-Regeln müssen die Reiseanbieter bei Ausfällen immer Umbuchung und Rückerstattungen des Ticketpreises ermöglichen, egal ob es sich um eine Bus-, Bahn- oder Flugreise handelt. Der Verbraucher hat dann die Wahl.

6. Wahl zur OberbürgermeisterIn in München finden als reine Briefwahl statt

Die Ausrufung des Katastrophenfalls für ganz Bayern hat Auswirkungen auf die noch laufenden Kommunalwahlen. Die Bayerische Staatsregierung hat beschlossen, dass Stichwahlen zum üblich vorgesehenen Termin am Sonntag, 29. März, als reine Briefwahl durchzuführen sind. In München betrifft das die OberbürgermeisterIn-Stichwahl, für die mehr als 1,1 Millionen Münchnerinnen und Münchner wahlberechtigt sind. Nähere Informationen zum Ablauf und den damit verbundenen enormen Herausforderungen: Rathaus Umschau 54 / 2020

7. Informationen zum Verlauf der Pandemie in Österreich graphisch aufbereitet

Auf der Website des BMSGPK werden unter folgendem Link Informationen, wie etwa der Stand der Infizierten pro Bezirk sowie weitere Informationen, graphisch aufbereitet veranschaulicht: https://info.gesundheitsministerium.at/d/87BA8__Wk1/covid-19-offentlich-zugangliche-information?orgId=1&refresh=5m

8. Corona-Krise macht die Luft sauberer – auch in Österreich

Anfang März konnte man auf Satellitenbildern klar erkennen, dass die Konzentration von Stickstoffdioxid in China rasant abgenommen hat. Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass dasselbe Phänomen auch in Norditalien beobachtet werden konnte.
In beiden Fällen dürften wohl Ausgangsbeschränkungen im Kampf gegen das Coronavirus den Ausschlag gegeben haben. Nach Inkrafttreten dieser Maßnahmen in Österreich sieht es so aus, als ob die Schadstoffbelastung hierzulande ebenfalls zurückgeht.
Der vollständige Artikel unter: https://futurezone.at/science/coronakrise-macht-die-luft-sauberer/400785401?utm_source=futurezone&utm_medium=email&utm_campaign=444&pnespid=jLRypuEBHhaN3N_pf7mPJok5NBO1HH6IvLCdPwE

9. Österreichischer Gewerbeverein – hilfreiche Links zur Kurzarbeit

Wolfram Proksch, Rechtsanwalt - Das Corona Kurzarbeitszeitmodell und weitere arbeitsrechtliche Fragen:https://www.gewerbeverein.at/1839/Corona/Proksch_EthosLegal_Corona_Kurzarbeitsmodell_OeGV_200320.pdf

Martin Puchinger, Johannes Theiss, Steuerberater - Das Corona Kurzarbeitszeitmodell im Überblick: https://www.gewerbeverein.at/1839/Corona/TheissPuchinger_Corona_Kurzarbeit_200320.pdf

AMS - Begehren um Beihilfengewährung: https://www.ams.at/content/dam/download/allgemeine-informationen/covid_kurzarbeit/KUA_Begehren_03_2020_final.pdf

AMS - Pauschalsatztabellen: https://www.ams.at/content/dam/download/allgemeine-informationen/covid_kurzarbeit/KUA_Covid_19_Pauschalsatztabellen.xlsx

AMS . Pauschalsatz Erläuterungen: https://www.ams.at/content/dam/download/allgemeine-informationen/covid_kurzarbeit/KUA_Covid_Pauschalsatz_Erlaeuterungen.pdf

AMS - Kurzarbeitsbeihilfe (KUA-COVID-19): https://www.ams.at/content/dam/download/allgemeine-informationen/covid_kurzarbeit/001_kua_RILI.pdf

Gutscheine von heimischen Unternehmen: Jetzt lokale Unternehmen unterstützen, später genussvoll konsumieren: https://www.zusammen-leiwand.at

WKW - Tragen Sie kostenlos Ihr Unternehmen ein, wenn Sie während der Coronakrise Waren und Dienstleistungen anbieten: https://www.wko.at/service/w/wiener-online-business.html

10. Herdenimmunität: Auch Niederlande rudern zurück

Während Großbritannien zurückruderte, wollten es die Niederlande wagen: Das riskante Corona-Experiment. Es sollten sich so viele junge und gesunde Menschen wie möglich mit dem Virus infizieren. Sie wären dann immun gegen die Krankheit, könnten sie nicht mehr weiterverbreiten und das wäre eine Art Immunitätsschutz für alte Menschen und solche mit Vorerkrankungen. Weil: Diese könnten dann ja nicht mehr von den Jungen angesteckt werden. Das ist zumindest die Logik hinter dem Plan. Aber: Ähnlich wie Boris Johnson, ruderte am Mittwoch auch Rutte zurück.

Es sei nicht das Ziel, dass sich die Menschen ansteckten. Vielmehr wolle man dafür sorgen, "dass die Intensivpflege in der Lage ist, mit der Zahl der Kranken zurechtzukommen, dass Ältere und Verletzliche beschützt werden".

11. Was dürfen und können derzeit Bürgermeister tun?

Beitrag des Österreichischen Gemeindebundes

LAbg. Erwin Dirnberger, Obmann des Steirischen Gemeindebunds und Bürgermeister. von Söding-St. Johann informiert über ausgewählte und gerade für BürgermeisterInnen relevante Fragestellungen betreffend die derzeitige Pandemie: https://www.meinbezirk.at/voitsberg/c-lokales/was-duerfen-und-koennen-derzeit-buergermeister-tun_a3995691

12. Österreichische Gesellschaft für Krisenvorsorge - Selbsthilfefähigkeit der Gemeinden und Menschen stärken

Krisenvorsorge-Experte Herbert Saurugg appelliert, rasch die Selbsthilfefähigkeit innerhalb der Gemeinden und der Menschen zu stärken, um absehbare Folgekrisen bewältigbar zu machen. Die Presseaussendung der Österreichische Gesellschaft für Krisenvorsorge finden Sie unter folgendem Link: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200318_OTS0054/appell-saurugg-selbsthilfefaehigkeit-der-gemeinden-und-menschen-staerken

13. Zukunftsforscher Matthias Horx spricht von einem "historischen Moment"

Zukunftsforscher Matthias Horx wird dieser Tage oft gefragt, wann Corona denn "vorbei sein wird", und alles wieder zur Normalität zurückkehrt. Seine Antwort: "Niemals. Es gibt historische Momente, in denen die Zukunft ihre Richtung ändert. Wir nennen sie Bifurkationen oder Tiefenkrisen. Diese Zeiten sind jetzt", so Horx. Die Welt as we know it löse sich gerade auf. Dahinter füge sich eine neue Welt zusammen, deren Formung wir zumindest erahnen können.

Matthias Horx: "Die neue Welt nach Corona – oder besser mit Corona – entsteht aus der Disruption des Megatrends Konnektivität. Politisch-ökonomisch wird dieses Phänomen auch "Globalisierung" genannt. Die Unterbrechung der Konnektivität – durch Grenzschließungen, Separationen, Abschottungen, Quarantänen – führt aber nicht zu einem Abschaffen der

Verbindungen. Sondern zu einer Neuorganisation der Konnektome, die unsere Welt zusammenhalten und in die Zukunft tragen. Es kommt zu einem Phasensprung der sozio-ökonomischen Systeme.
Quelle: www.zukunftsinstitut.de.

Weitere Informationen unter: https://www.horx.com/48-die-welt-nach-corona/

14. Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

Europäisches Parlament:
außerordentliche Plenartagung am 26 März 2020 zur Umsetzung der COVID-19 Sondermaßnahmen; Sonderplenartagung ersetzt bisher geplantes Plenum vom 1/2 April. MdEP können am Plenum persönlich oder per Video teilnehmen. Für die Abstimmungen wird erstmals ein System der Fernabstimmung verwendet.
Debatte ua zu: Koordinierte europäische Reaktion auf den COVID-19-Ausbruch – Erklärungen des Rates und der Europäischen Kommission. Abstimmungen ua zu: Änderung der Slot-Verordnung (Vermeidung von Leerflügen); Maßnahmen zur Mobilisierung von Investitionen in die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten und in andere Sektoren als Reaktion (sog Coronavirus Response Investment Initiative)

Europäische Kommission:
Staatliche Beihilfen: EU-Kommission nimmt befristeten (bis Dez 2020) Rahmen an, damit die Mitgliedstaaten die Wirtschaft infolge von covid19 wirksamer unterstützen können. **Von einer Unterstützung der Kommunen ist nichts zu lesen**. Die Kommission sieht folgendes vor: direkte Zuschüsse, rückzahlbare Vorschüsse oder Steuervorteile; staatliche Garantien für Bankdarlehen an Unternehmen; vergünstigte öffentliche Darlehen an Unternehmen; Zusicherungen für Banken, die staatliche Beihilfen an die Realwirtschaft weiterleiten; kurzfristige Exportkreditversicherungen: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_496

Rat der Europäischen Union:
Es finden noch einige AStV I & II (Ausschuss der Ständigen Vertreter) Sitzungen statt, an denen die Botschafter persönlich teilnehmen. Ratsarbeitsgruppen gibt es kaum noch. Die Fachminister und Regierungschefs beraten und diskutieren via Video.

Stadt Brüssel:

Seit Beginn der Pandemie sind 1.795 Fälle von Ansteckung mit dem Coronavirus nachgewiesen worden. Insgesamt wurden bisher 21 Todesfälle gemeldet.

Die Stadt ist ruhig, die Maßnahmen der „sanften“ Ausgangssperre werden überwiegend eingehalten, Verstöße werden von der Polizei mit Geldstrafen geahndet.

Österreichischer Städtebund

Maßnahmen einzelner Städte

1. Stadt Wien und Sozialpartner präsentieren weitere Wiener Unterstützungsmaßnahmen

Die Stadt Wien schnürt gemeinsam mit den Sozialpartnern in der aktuell schwierigen Situation durch das Coronavirus ein weiteres Hilfspaket zur Unterstützung von Wiener Unternehmen und Gaststätten sowie Kulturschaffenden und älteren Personen, die wichtige Wege zurücklegen müssen. „Wir helfen weiter rasch und unbürokratisch. Das Ziel unserer Maßnahmen ist es, die Wiener Bevölkerung zu schützen aber auch Wiener Unternehmen in dieser außergewöhnlichen Situation zu unterstützen." Dies sagte Wiens Bürgermeister Michael Ludwig am Mittwoch im Rathaus nach einem Treffen der Sozialpartner, die durch AK-Präsidentin Renate Anderl, ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, den der stellvertretende Direktor der Wiener Wirtschaftskammer, Alexander Biach und Franz Windisch, Präsident der Wiener Landwirtschaftskammer, sowie Christian C. Pochtler, Präsident der Wiener Industriellenvereinigung, vertreten waren. So soll um den Wirtschaftsstandort Wien zu stärken, eine **gemeinsame Info-Plattform für kleinere und mittlere Wiener Unternehmen** die Möglichkeit geben, die eigenen Produkte zu präsentieren und über diese zentrale Anlaufstelle ausliefern zu lassen. Vereinbart wurde mit den Sozialpartnern ebenfalls, dass **Schneiderei-Betriebe in Wien Schutzmasken für die Spitäler nach medizinischen Vorgaben fertigen** werden.

Die Stadt Wien wird – in Kooperation mit den Wiener Taxifunkzentralen – **allen Wienerinnen und Wiener ab 65 Jahren** (das sind rund 300.000 Personen mit Hauptwohnsitz Wien) **Taxigutscheine im Ausmaß von 50 Euro pro Person** zur Verfügung stellen. Dieser Gutschein wird den betroffenen Haushalten zugeschickt. Aufgrund der vielen Kultur-Veranstaltungen, die wegen des Coronavirus abgesagt wurden, werden **Kulturevents wie Theaterstücke oder Konzerte vor leeren Rängen aufgezeichnet, um sie live zu übertragen**. So wird der Stadtsender W24 in den nächsten Wochen die Wiener Kunst von Literatur über Kabarett bis zu Musik in den Mittelpunkt stellen, zusätzlich wird der TV-Sender Bildungsprogramme von und mit dem bekannten Physiker Werner Gruber präsentieren. Gemeinsam mit Pädagoginnen und Pädagogen werden Schulhauptfächer und Naturwissenschaften für das junge und erwachsene Publikum verständlich gemacht.

Die Wirtschaftsagentur Wien startet eine neue und mit zusätzlichen 2 Millionen Euro dotierte **Förderaktion für Wiener KMUs** (Klein- und Mittelbetriebe) **zur Herstellung von Home Offices für die Anschaffung von Hardware, Software, Installation und auch die erstmalige Anbindung**. Ab einer gewissen Größe des Unternehmens ist die Organisation von verstärktem Home Office nicht trivial, daher ist auch entsprechende externe Beratungsleistung durch FachexpertInnen förderbar. Antragsberechtigt sind Wiener Unternehmen bis 250 Beschäftigte, die Förderquote beträgt 75 Prozent, die maximale Fördersumme pro Unternehmen 10.000 Euro. Für Gaststätten, die Schanigärten betreiben, gilt: Die Gebrauchsabgabe wird für die Benützung von Straßenraum zu privaten Zwecken eingehoben. In Zeiten des wirtschaftlichen Stillstands können aber etwa Schanigärten nicht genutzt werden. Betriebe sollen finanziell entlasten werden, indem **keine Gebühren für Leistungen eingehoben werden, die derzeit nicht genutzt werden können**.

Die heute präsentierten Maßnahmen ergänzen die bereits in den letzten Tagen vorgestellten Initiativen wie die Wiener Garagen-Aktion, bei der nach **Aufhebung der Kurzparkzonenen** rund 30.000 Garagenstellplätze zu einem Tagestarif von 5 Euro angeboten werden, oder der Aufstockung des Corona-Hilfspakets auf insgesamt 85 Millionen Euro.

2. 180 zusätzliche Betreuungsplätze in der Stadt Linz

Die Stadt Linz hat mit Hilfe der Arbeiterkammer 180 zusätzliche Betreuungsplätze gestellt, um Krankenhäuser entlasten zu können. Im Seminarhotel Jägermayrhof (30 Zimmer mit Doppelbelegung) und im Jugendgästehaus Linz (63 mit Doppelbelegung) könnten im Bedarfsfall weniger betreuungsintensive PatientInnen versorgt werden, um in den Spitälern Platz für Intensiv-PatientInnen zu machen.
Nachdem die 595 zusätzlichen Betreuungsplätze des Landes dezentral verteilt seien und es nicht sinnvoll wäre, Linzer PatientInnen in andere Bezirke zu transportieren, habe er Möglichkeiten in Linz ausgelotet und "in der Arbeiterkammer eine äußerst hilfsbereite Partnerin gefunden", erklärte Bürgermeister Klaus Luger.

3. Drei Ärztinnen in Grazer Gesundheitsamt betroffen

Im Grazer Gesundheitsamt wurden drei Ärztinnen positiv auf das Coronavirus getestet. Die Tests bei allen MitarbeiterInnenn des Amtes wurden durchgeführt, nachdem eine erste Ärztin ein

positives Testergebnis hatte. Betroffen sind die Leiterin des Amtes sowie zwei Amtsärztinnen. Beide Medizinerinnen weisen kaum Symptome auf, alle sind in häuslicher Quarantäne, teilte das Bürgermeisteramt mit.
Die Leiterin des Gesundheitsamtes dürfte sich laut Mitteilung "mit hoher Wahrscheinlichkeit bei der Ausübung ihrer amtsärztlichen Tätigkeit" infiziert haben. Die weiteren 20 MitarbeiterInnen des Gesundheitsamtes sind nicht vom Virus betroffen, wurde betont. Das Gesundheitsamt sei "weiterhin voll handlungsfähig". Nach Bekanntwerden der ersten Infektion sei noch Mittwochvormittag personelle Aufstockung für das Gesundheitsamt organisiert worden: Sechs Ärztinnen aus dem medizinischen Dienst des Jugendamtes verstärken seither das Team der Amtsärztinnen.

4. Linzer Feuerwehr stellt auf 14-Tages-Schichten um

Die Linzer Berufsfeuerwehr stellt ab Freitag auf einen zweiwöchigen Schichtbetrieb um. Bis auf weiteres sind die Feuerwehrmänner und -frauen 14 Tage durchgehend auf der Wache. "Die aktuelle Ausnahmesituation" erfordere "derartige Ausnahmeleistungen", meinte der zuständige Stadtrat Michael Raml in einer Aussendung. Es werde aber niemand zu den langen Diensten verpflichtet. Allerdings hätten sich bereits mehr Freiwillige als gebraucht werden gemeldet. Die Berufsfeuerwehr solle durch diese Maßnahme einsatzbereit bleiben, da das Risiko einer Coronavirus-Infektion so minimiert werde.

5. Parks in Wien bleiben geöffnet, Spielplätze jedoch weiterhin geschlossen

Die Stadt Wien lässt ihre Parks und Grünanlagen weiterhin offen. Gleichzeitig wurde im Büro von Stadträtin Sima betont, dass die Spielplätze weiterhin geschlossen bzw. gesperrt bleiben. Dort seien Kinder auf engerem Raum zusammen, in den Grünflächen sei es einfacher, den nötigen Abstand zu anderen Menschen zu halten, hieß es. Was Parks und Grünflächen anbelangt, betonte man, dass große Erholungsgebiete wie die Lobau oder der Prater gar nicht gesperrt werden könnten. Auch alle fast 1.000 Parkanlagen zu sperren, sei nicht machbar.

6. Innsbruck sperrt auch städtische Parks

Die Stadt Innsbruck hat angekündigt, alle städtischen Park- und Grünanlagen sowie Spiel- und Sportplätze bis auf weiteres zu sperren. Dadurch werden die Einschränkungen ausgeweitet. Das Durchqueren öffentlicher Orte bleibe weiterhin erlaubt, nur das Verweilen sei untersagt, hieß es in einer Aussendung.

7. Menschen in Quarantäne in Wien dokumentieren ihre Gesundheit via App

8.106 Menschen haben sich am Mittwoch in Wien hilfesuchend an die Gesundheitshotline 1450 gewandt. Und obwohl dort mittlerweile mehr als 150 MitarbeiterInnen an den Telefonen sitzen, kommt es mitunter zu längeren Wartezeiten. Mit einer WebApp, die Betroffene nutzen können, sollen die Hotline-MitarbeiterInnen nun entlastet und die Wartezeiten verkürzt werden. "Homecare" heißt sie, und mit ihr können Menschen in Quarantäne künftig ihren Gesundheitszustand überwachen. Das müssen sie nämlich täglich, egal ob sie tatsächlich infiziert sind oder nur Kontakt mit einer infizierten Person hatten. Bisher wurde das telefonisch abgewickelt. Bei mittlerweile 757 Betroffenen in Quarantäne doch ein beträchtlicher Aufwand.

Künftig erhalten Menschen in Quarantäne einen Link und einen Token für die Anmeldung. Mit der App dokumentieren die Leute nun standardisiert ihren Gesundheitszustand, etwa ob Symptome wie Schnupfen, Husten oder Fieber auftreten. Die Daten werden dann an den Gesundheitsdienst der Stadt (MA15) weitergemeldet.

"Datenschutzrechtlich ist alles geklärt und auch für die Datensicherheit ist gesorgt", heißt es aus der Stadt Wien. Zwischen Gesundheitsdaten und tatsächlichen Personen könnte keine Verbindung hergestellt werden. Mit den Daten können die Spitalskapazitäten besser geplant werden. Denn Analysen zeigen: Bekommen Betroffene innerhalb eines gewissen Zeitraums bestimmte Symptome, benötigen sie voraussichtlich ein Spitalsbett.

8. Stadt Salzburg: Mietzinsreduktion für städtische Lokale

Die Stadt Salzburg beabsichtigt eine Reduktion des Mietzinses für die MieterInnen von städtischen Geschäftslokalen, die von den behördlichen Schließungen zur Eindämmung des Covid-19-Virus betroffen sind. Ihr entsprechender Vorschlag werde von den anderen Regierungsmitgliedern der Stadt begrüßt und unterstützt, informierte Stadträtin Anja Hagenauer am Freitag in einer Aussendung.

9. Klagenfurt kämpft mit illegal abgelagertem Sperrmüll

Die Ausgangsbeschränkungen wegen des Coronavirus haben in Klagenfurt vermehrt zu illegalen Sperrmüllablagerungen geführt. Offenbar wird die Zeit vermehrt für Entrümpelungen genutzt - die Stadt appellierte am Freitag in einer Aussendung dazu, Sperrmüll auf dem eigenem Grundstück zwischenzulagern oder Aufräumaktionen überhaupt zu verschieben.
Im Stadtgebiet von Klagenfurt werden sechs bis acht illegale Sperrmüllablagerungen pro Tag verzeichnet. Die Abteilung Entsorgung hat die Sperrmüllabholung eingestellt, um alle Kapazitäten für die Aufrechterhaltung der Müllabfuhr in Klagenfurt einzusetzen, was derzeit auch ganz normal funktioniert. Wie lange Sperrmüll nicht abgeholt wird, könne man noch nicht sagen, das hänge von den Maßnahmen der Bundesregierung ab, hieß es von der Stadt. Den Müll illegal abzulagern sei aber jedenfalls keine Lösung - wer erwischt oder ausgeforscht wird, zahlt bis zu 730 Euro Strafe.

10. Mehr als 650 Anzeigen wegen Verstößen gegen Maßnahmen – 323 davon in Wien

Seit Montag gibt es in Österreich strenge Ausgangsbeschränkungen, um die Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus einzudämmen. Bei Verstößen drohen Verwaltungsstrafen bis zu 3.600 Euro. Bis gestern (19.03.2020) wurden über 650 Anzeigen erstattet. 323 Verstöße wurden alleine in Wien bis Donnerstag, 19.03.2020 16.00 Uhr angezeigt. Dazu gehören beispielsweise:

- Versammlungen von mehr als fünf Personen,
- das ungerechtfertigte Benützen von Massenbeförderungsmitteln,
- das Betreten eines Kundenbereichs bzw. einer Betriebsstätte oder
- das Betreiben von Lokalen, was längst untersagt wurde.

Geregelt sind all diese Maßnahmen im Covid-19-Maßnahmengesetz.
In Wien macht die Exekutive beispielsweise Lautsprecherdurchsagen. Das schöne Wetter lockte trotz Beschränkungen auch am Donnerstag wieder zahlreiche Personen ins Freie. Das Problem ist, dass die meisten Leute zwar rechtskonform handeln, aber sich dadurch erst recht wieder eine Masse an Leuten ergibt und so die Ansteckungsgefahr in die Höhe getrieben wird.
Neben den Durchsagen führt die Polizei im Anlassfall das persönliche Gespräch, natürlich mit Sicherheitsabstand. Die Information der Bevölkerung soll weiterhin im Vordergrund stehen.

11. Innsbruck: Möglichkeit der Sonderbetreuung

Aufgrund der aktuellen Situation rund um die Corona-Virus Pandemie sind die städtischen Kindergärten sowie Horte bis auf weiteres in vielen Städten und Gemeinden im Notbetrieb. Um die Betreuung von zuhause aus zu gewährleisten, gibt es für Berufstätige die vom Bund geschaffene Möglichkeit der Sonderbetreuungszeit. Eine Vorlage der **Stadt Innsbruck** für Eltern und ArbeitgeberInnen soll die Beurteilung allfälliger Beantragungen erleichtern und dient auch zur Vorlage für etwaige andere interessierte Mitglieder. *Vgl. bitte die Beilage.*

In dieser Zeit stehen wir fast täglich vor neuen Herausforderungen. Aktuell dürfen laut Verordnung der Bezirkshauptmannschaften in Tirol nur Kinder von Eltern mit systemstabilisierenden Berufen bzw. von Alleinerziehenden in Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen betreut werden. Für die anderen gibt es vom Bund die Möglichkeit über den Arbeitgeber Sonderbetreuungszeit zu erhalten. Dieses Schreiben kann für Eltern und Arbeitgeber zur Klarheit beitragen und als Unterstützung dienen.

<u>Inhalt der Vorlage</u>
Das Schreiben der Stadt Innsbruck enthält die aktuell geltende Bestimmung des Bundes zur arbeitsrechtlichen Regelung bei (teilweiser) Schließung von Lehranstalten und Kinderbetreuungseinrichtungen. Zusätzlich wird die aktuelle Verordnung der Stadt Innsbruck bezüglich der (teilweise) geschlossenen Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen angeführt. Benötigen ArbeitgeberInnen einen Nachweis von Eltern, die keine externe Kinderbetreuungsmöglichkeit haben und somit Sonderbetreuungszeit beantragen, soll das Informationsschreiben zur leichteren Beurteilung dienen.

Österreichischer Städtebund

In eigener Sache

1. Unentgeltliche digitale Services als Unterstützung für die Mitgliedsstädte des Österreichischen Städtebundes

In der aktuellen Krisensituation verlagern sich so viele Aktivitäten wie möglich in die eigenen vier Wände. Umso wichtiger sind funktionierende digitale Services der Gemeinden für ihre BürgerInnen. Dies gilt sowohl für die Abwicklung der notwendigen Verfahren als auch für die Kommunikation mit der Bevölkerung. Mit unserem IT-Dienstleister, der IT-Kommunal GmbH und ihren IT-Partnern konnten wir kurzfristig vereinbaren, dass folgende digitale Services für unsere Mitglieder bis auf weiteres (jedenfalls aber bis Jahresende 2020) unentgeltlich bereitgestellt werden:

a) Kommunale Online-Formulare für BürgerInnen und Unternehmen von amtsweg.gv.at:
Ihnen steht sowohl das Basispaket (bundesweit einheitliche Online-Formulare) als auch die jeweilige Bundesland-Formularsammlung für das Einbringen von elektronischen Anträgen durch Ihre BürgerInnen und ortsansässigen Unternehmen/Organisationen zur Verfügung.

b) App-basierter Nachrichtenservice und Gemeindechat von MachMit:
Diese App wurde von IT-Kommunal gemeinsam mit der Grazer Fa. Midlight von Grund auf neu entwickelt und sollte im März vorgestellt und eingeführt werden. Mit dieser App haben BürgerInnen und Unternehmen die Möglichkeit, diverse Anliegen/Wahrnehmungen an ihre Gemeindeverwaltung zu melden. Ein „Gemeindechat“ für den digitalen Dialog zwischen BürgerInnen und der Verwaltung ist ebenso möglich wie das Senden von Nachrichten an die App, womit Meldungen sehr effektiv, auf BürgerInnen-Wunsch auch anonym, an alle App-NutzerInnen verbreitet werden können.

c) Workflowgesteuertes Bürgeranliegen-Management:
Gerade in größeren Verwaltungskörpern ist es notwendig, Anliegen hausintern zu verteilen, die Bearbeitung zu steuern und Rückmeldungen an BürgerInnen und Unternehmen konzertiert zu versenden. Zu diesem Zweck stellt IT-Kommunal in Kooperation mit dem Wiener Softwarehaus rubicon-IT eine fertige Lösung zur Verwaltung von BürgerInnenanliegen und

BürgerInnenmeldungen, die per Online-Formular, über die MachMit-App, telefonisch, per E-Mail oder auch postalisch einlangen, als Cloudservice zur Verfügung.

d) Online-Sitzungsmanagement:

Gerade in Krisenzeiten ist es unumgänglich, Sitzungen von Gremien rascher als üblich einzuberufen, Tagesordnungspunkte zu erstellen und zu verwalten, die Ergebnisse zu protokollieren und zu versenden und schlussendlich alles für ruhigere Zeiten danach ordnungsgemäß zu dokumentieren. Die ELAK-ExpertInnen der Fa. Techtalk stellen in Zusammenarbeit mit rubicon-IT und IT-Kommunal hier ebenfalls ihr neues Sitzungsmanagement-Tool unentgeltlich zur Verfügung.

Detailinfos zu den Services finden Sie auf der Website der IT-Kommunal (www.it-kommunal.at) unter den jeweiligen Produktkategorien. Für weiterführende Fragen zu den verschiedenen digitalen Services wenden Sie Sich bitte direkt an den Support der IT-Kommunal.

Aus dem Rundschreiben 14/2020 des Österreichischen Städtebundes